

KURZ UND PRÄGNANT

Zelle oder Netzwerk?

Nach Äußerungen des Politikwissenschaftlers Hajo Funke bezüglich weiterer Mitglieder des NSU erklärte MdL Martina Renner: „Auch für uns ist diese Frage nicht abschließend beantwortet. Das Trio war definitiv eingebettet in ein größeres Netzwerk von Mitwissern und Unterstützern, deren Beiträge zur und Wissen über die Mordserie nach wie vor nicht geklärt sind.“ So müssten beispielsweise das seit 2000 in der Bundesrepublik verbotene internationale Neonazi-Netzwerk Blood & Honour und dessen Verbindungen zum NSU intensiver in den Fokus genommen werden. Auch lokale Neonazi-Strukturen in den Orten der Morde müssten näher betrachtet werden, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass es hier Unterstützer und Helfer gab. „Fraglich ist weiterhin, ob sich unter den weiteren Unterstützern und Mitwissern des NSU staatliche Spitzel befunden haben.“ Hier, so befürchtet Martina Renner, hätten die Sicherheitsbehörden nicht die Transparenz gezeigt, die für die Aufklärung der NSU-Morde zu Recht gefordert, zugesagt und dringend notwendig sei. ■

UA-Vorsitz gewählt

Als Vorsitzende des neuen Untersuchungsausschusses des Landtags, der sich auf Antrag der Linksfraktion mit der Affäre um einen NPD-Funktionär als V-Mann des Thüringer Verfassungsschutzes beschäftigt, wurde die CDU-Abgordnete Evelin Groß gewählt. Dem Ausschuss gehören für die Fraktion DIE LINKE der Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow sowie Dieter Hausold an. ■

Für eine angemessene Hochschulfinanzierung

Unterschriften von Studierenden werden im Ausschuss dem Minister übergeben

Vertreterinnen und Vertreter des Studierendenrates der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) Jena haben am Rande der Haushaltsberatungen den LINKEN Abgeordneten Dr. Karin Kaschuba und Susanne Hennig am 24. Januar im Landtag in Erfurt etwa 2.000 Unterschriften übergeben.

Dazu erklärte die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Susanne Hennig: „Mit der Unterschriftensamm-

lung fordern die Studierenden das Land Thüringen auf, die Rahmenvereinbarung III neu zu verhandeln und damit für eine angemessene Finanzierung der Hochschulen zu sorgen.“

„Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sprechen sich gegen eine effektive Kürzung des Hochschuletats der

Themen Hochschulfinanzierung sowie Struktur- und Entwicklungspläne der Hochschulen nicht beendet sein werden, sicherte Susanne Hennig zu.

Die LINKE kritisiert die Verlagerung des steigenden finanziellen Aufwands für Tarifentwicklung, Energie- und Bewirtschaftungskosten auf die Hochschulen. Die Ein-Prozent-Steigerung in der Rahmenvereinbarung III fange die etwa zehnprozentigen Mehrkosten für die Hochschulen nicht auf. Die Landesregierung überlasse es vollständig den



FSU Jena von etwa zehn Prozent bis 2015 über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen aus“, so Dr. Karin Kaschuba, wissenschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Die beiden Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE kündigten an, dass sie die Unterschriften in der nächsten Sitzung des Landtagsausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur, der am 7. Februar die Hochschulfinanzierung beraten wird, an Minister Christoph Matschie (SPD) übergeben.

Dass mit dem beschlossenen Landesdoppelhaushalt 2013/2014 die

Hochschulen, den Ausgleich zu finden und bestätigte mit ihrer Unterschrift unter die Ziel- und Leistungsvereinbarungen den Abbau hunderter Stellen.

Die Landtagsfraktion fordert eine Demokratisierung der Hochschulen und eine Hochschulentwicklung, an deren Entscheidungen alle Hochschulgruppen und das Parlament beteiligt werden. Die strukturelle Unterfinanzierung dürfe nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und zulasten der Forschung und Lehre gehen.

Zu den Plänen von Kultusminister Christoph Matschie, den Hochschulzu-

gang für berufserfahrene Menschen ohne Abitur verbessern zu wollen, hatte Susanne Hennig erklärt:

Taten, nicht Ankündigungen

„Die Linksfraktion begrüßt das Vorhaben, Menschen ohne Abitur den Zugang zu einem Hochschulstudium zu erleichtern. Wir machen aber darauf aufmerksam, dass es nun umso dringlicher ist, die Bedingungen an den Hochschulen durchgreifend zu verbessern. Und das bedeutet zunächst, endlich wieder mehr wissenschaftliches Personal.“

Obwohl die Zahl der Studierenden sich seit 1993 in Thüringen von 22.000 auf 52.000 mehr als verdoppelt habe, sei die Zahl der Personalstellen an den Hochschulen im selben Zeitraum von 5.600 auf 4.800 gekürzt worden. „Überfüllte Seminare, ausfallende Kurse, mangelnde Betreuung und letztlich ein Abfall an Qualität sind die Folge. Die Thüringer Studierenden erwarten Taten, nicht Ankündigungen!“, verlangte die LINKE Bildungspolitikerin vom Kultusminister. „Hätte er es wirklich ernst gemeint, hätte Herr Matschie bei den Haushaltsberatungen einen Antrag zugunsten der Hochschulen nachschieben müssen!“

Der Bildungsminister hatte angekündigt, mehr Wissenschaftler an Thüringens Hochschulen ausbilden und halten zu wollen. So sei geplant, ein Probestudium einzuführen und Zugangshürden zu Masterstudiengängen zu senken. Ein entsprechender Gesetzentwurf werde derzeit erarbeitet. Unabhängig von seinem Abschluss soll jeder ein Studium aufnehmen können, hieß es vom Minister. ■

Landtagsausstellung und Kranzniederlegung anlässlich des Gedenktages



Der Opfer des deutschen Faschismus gedachten am 27. Januar auf dem Gelände des früheren Konzentrationslagers Buchenwald auch Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow und Knut Korschewsky, MdL, Landesvorsitzender der LINKEN. (Foto: Wolfgang Albold)

Im Vorfeld des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus war im Thüringer Landtag die Schülersausstellung „Gratwanderungen“ eröffnet worden, die sich mit dem sogenannten „Entjudungsinstitut“ in Eisenach beschäftigt, das 1939 zur „Entjudung“ des religiösen und kirchlichen Lebens gegründet worden war. Die Ausstellung, bis zum 21. Februar im Landtags-

funktionsgebäude zu besichtigen, wurde vom Martin-Luther-Gymnasium Eisenach in Zusammenarbeit mit der Theologischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena und dem Lutherhaus Eisenach erarbeitet. Sie ist ein Beitrag zum Themenjahr „Reformation und Toleranz“ und thematisiert die Mitverantwortlichkeit der christlichen Kirchen für den Antisemitismus. ■

